Beratungsfolge:	Datum	Zuständigkeit
Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Feuer- schutz	17.02.2021	Vorberatung
Verwaltungsausschuss	04.03.2021	Vorberatung
Gemeinderat	11.03.2021	Entscheidung

Fachbereich:	Ordnung und Soziales
Sachbearbeitung:	Peter Liedtke

Bezeichnung:	Einführung einer kommunalen Straßenreinigung
---------------------	---

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung einer kommunalen Straßenreinigung vorzubereiten. Gebührenmaßstab für die Straßenreinigungsgebühr sollen die Quadratwurzelmeter aus den anliegenden Grundstücken sein. Die erforderlichen Änderungen der Straßenreinigungssatzung und Straßenreinigungsverordnung sowie die Gebührensatzung sind dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Sachdarstellung:

Die Verwaltung wurde erneut beauftragt, die Einführung einer kommunalen Straßenreinigung zur Beratung vorzulegen. Ziel ist eine regelmäßige Reinigung der Gossen und Straßen in den Ortsteilen, Gewerbe- und Industriegebieten. Weiterhin soll der Unterhaltungsaufwand für die baulichen Anlagen gesenkt und die dauerhafte ordnungsgemäße Entwässerung sichergestellt werden.

Zuletzt hatte die Verwaltung dem Gemeinderat am 02.07.2015 einen Beschlussvorschlag für eine umlagefinanzierte Straßenreinigung in der Gemeinde Twist vorgelegt (Vorlage-Nr. 0642/2015). Nach einem Verweis an die Ratsfraktionen wurde seinerzeit im VA am 26.11.2015 eine entsprechende Änderung der Straßenreinigungssatzung und -verordnung abgelehnt.

Umfang der Straßenreinigung

Die Einführung der umlagefinanzierten wöchentlichen Straßenreinigung würde eine Reinigung der Gossen und des Fahrbahnrandes mit einer Breite von 1,50 m aller ausgebauten Straßen in der Gemeinde Twist umfassen. Hieraus ergeben sich insgesamt 49,49 laufende Kilometer zu reinigende Straßen, mit rd. 1.000 Straßenabläufen (Sinkkästen).

Kosten der Straßenreinigung

Eine wöchentliche Straßen- und Gossenreinigung durch eine Fachfirma würde jährlich folgende Kosten verursachen:

Kosten Straßenreinigung (49,49 km x 700,00 €)	34.643,00 €
Entsorgungskosten des Straßenunrats (ca. 150 t x 68,50 €)	10.275,00 €
Reinigung der Straßenabläufe (1000 Stk. X 5,00 € pro Jahr) zweimal jährlich	5.000,00 €
Entsorgung des Unrats aus Straßenabläufen (ca. 20 t x 68,50 €)	1.370,00 €
Verwaltungskosten / EDV	4.000,00 €
Straßenreinigungskosten gesamt / Jahr	55.288,00 €

Umlage der Kosten

Nach § 52 NStrG in Verbindung mit § 5 NKAG können für die Straßenreinigung kostendeckende Gebühren von den Eigentümern der angeschlossenen Grundstücke erhoben werden. Den Kostenanteil, der auf das allgemeine öffentliche Interesse an der Reinigung sowie auf die Reinigung der Straßen oder Straßenteile entfällt, für die eine Gebührenpflicht nicht besteht (Grünanlagen, Straßenkreuzungen und -einmündungen, Verkehrsinseln, Brücken, Pflanzbeete im Straßenkörper -Rondells- und ähnliche dem Verkehr dienende Anlagen), trägt die Gemeinde. Der nicht umlagefähige Anteil ist mit mindestens 25 % der Gesamtkosten anzusetzen.

Danach ergeben sich folgende Kostenanteile:

Kostenanteil der Gemeinde Twist (25 %)	= 13.822,00 €
Umlagefähigen Kosten (75%)	= 41.466,00 €.

Zusätzlich zu den nicht umlagefähigen Kosten fallen für die Gemeinde die Benutzungsgebühren für die kommunalen Grundstücke gemäß dem noch festzusetzenden Gebührenmaßstab an.

Grundlagen für die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren

Damit die Straßenreinigung als gebührenpflichtige öffentliche Einrichtung mit Anschlusszwang betrieben werden kann, müssen die Straßenreinigungssatzung und Straßenreinigungsverordnung geändert sowie eine Gebührensatzung erlassen werden.

Zuvor ist allerdings für die weitere Umsetzung der Gebührenmaßstab festzulegen.

Festlegung des Gebührenmaßstabs

Als Berechnungsgrundlage für die Straßenreinigungsgebühren bieten sich drei Maßstäbe an.

- a) Frontmetermaßstab
- b) Grundstücksquadratmetermaßstab
- c) Grundstücksquadratwurzelmetermaßstab

Beim Frontmetermaßstab werden die Gebühren nach Frontmeter der Grundstücksseiten entlang der erschließenden Straßen erhoben.

Auf Grund der sehr unterschiedlichen Zuschnitte der Grundstücke in Größe und Form sind sie bei der Veranlagung differenziert als jeweiliger Einzelfall zu betrachten und können nicht verallgemeinert werden. Dies führt zu einer aufwendigen Veranlagung der Straßengebühren.

Beim Flächenmaßstab erfolgt die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren auf Grund der Grundstücksfläche, wobei ein Grundstück, das durch mehrere Straßen erschlossen wird, entsprechend der Zahl der erschließenden Straßen zu berücksichtigen ist.

Bei der Erhebung nach Quadratwurzelmeter ist Maßstab für die Benutzungsgebühr die Quadratwurzel aus der Fläche der Grundstücke, die durch die zu reinigenden Straßen erschlossen sind.

Der Quadratwurzelmaßstab ist ein flächenbezogener Maßstab. Hierbei wird die Quadratwurzel aus der amtlichen Fläche des Grundstücks gezogen. Der Maßstab ist in besonderer Weise geeignet, die von der Rechtsprechung geforderte Einhaltung des allgemeinen Gleichheitssatzes zu gewährleisten. Manuelle Messvorgänge, Hilfs- und Projektionslinien sind nicht erforderlich

Daher schlägt die Verwaltung vor, die Straßenreinigungsgebühr nach Quadratwurzelmetermaßstab zu berechnen. Die Grundstücksflächen können ohne großen Verwaltungsaufwand verbindlich dem Grundbuch entnommen werden.

Durch diesen Maßstab werden die umlagefähigen Kosten der Straßenreinigung gleichmäßig auf die Anlieger der zu reinigenden Straßen verteilt. Hinterliegergrundstücke sowie Eckgrundstücke in einem Wendehammer, die lediglich mit ihren Zufahrten an die zu reinigenden Straßen angrenzen, werden durch diesen Gebührenmaßstab gleichmäßig zur Benutzungsgebühr herangezogen.

Sobald der Gebührenmaßstab festgelegt wurde, können die Änderungen der Straßenreinigungssatzung und -verordnung sowie der Erlass der Gebührensatzung vorbereitet und die konkreten Erhebungen für die Gebührenermittlung vorgenommen werden. Die Beschlüsse könnten im ersten Sitzungslauf nach den Sommerferien gefasst werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel für die umlagefinanzierte Straßenreinigung ab 01.08.2021 wurden unter Kostenträger 545.010.01 mit einem Aufwand von 30.000,00 € und einem Ertrag von 21.800,00 € in den Haushaltsplan 2021 eingestellt.

Anlagen:

Beschluss Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Feuerschutz vom 17.02.2021:

Beratungsergebnis:

Abstimmungsergebnis: Ja Nein Enthaltung

Beschlussergebnis: Lt. Vorschlag Abweichend

Gez.

Peter Liedtke
(Verfasser)

Gez.

Bürgermeisterin
(Freigabe)